

Variables Zuluftelement mit Mehrfachnutzen

Dieses Zuluftelement besteht aus einer Parallelschiebe-Kipptür G.U-966 (Bild 11). Dieses Schiebetürsystem erfüllt die Anforderungen für Türen in Glasbauten in idealer Weise:

- Kippstellung für verstärkten Luftwechsel
- Schiebestellung für maximalen Luftwechsel
- große Durchgangsbreite als Verbindung zur Außenwelt
- kein Platzbedarf für inneren Schwenkbereich
- einfache Betätigung mit Einhand-Drehgriff
- gleiche Flügel- und Rahmenfertigung wie Fenster
- günstige Herstellkosten.



Bild 11. Parallelschiebe- und Kipptür

Zusammenfassung

Der wetterabhängige Einfluß in bewohnbaren Glashäusern wirkt sich auf die Nutzung stärker aus als in einem normalen Wohnhaus. Um keine bösen Überraschungen zu erleben, ist die Lüftung für solche Glasbauten sorgfältig zu planen. Erforderlich sind Klappflügel mit sehr großer Öffnungsweite. Diese sind am höchsten Punkt des Glashauses anzubringen. Gleichermäßen bedeutend sind große Lüftungselemente am tiefsten Punkt des Glashauses. Diese Elemente sollten mit Wetterschutzprofilen und Insektengittern ausgerüstet sein.

Mit dieser Lüftungseinrichtung und entsprechender Steuerung kann bei Abwesenheit des Nutzers automatisch gelüftet werden. Ist der Nutzer anwesend, können die Elemente von Hand bedient werden. Außerdem kann durch Öffnen der Dreh- oder Schiebetüren in dieser Zeit der Lüftungsvorgang verstärkt werden. Durch eine Beschattungsanlage lassen sich die klimatischen Verhältnisse noch verbessern.

Das Freiburger Verwaltungsgericht hat den Einbau von Sonnenkollektoren auf dem Dach eines Hauses in der Innenstadt von Staußen untersagt. Das Gericht teilte damit die Bedenken des Landesdenkmalamtes.

Dämmstoffindustrie drängt auf Energieeinsparung – Umweltpolitischer Forderungskatalog vorgelegt

Der Gesamtverband Dämmstoffindustrie (GDI) hat an die Bundesregierung appelliert, kurzfristig weitere Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung insbesondere im Gebäudebereich zu ergreifen. Die Diskussion über die Folgen und vor allem über die Vorbedingungen eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie und das Nachlassen des Energiesparbewußtseins infolge des Ölpreisverfalls habe bislang leider zu keinen konkreten Maßnahmen geführt.

Aktuell, so der Vorsitzende des GDI, Gert Carl, gehe es weniger um weitere Aktivitäten im Forschungsbereich, sondern vielmehr darum, die seit langem bekannten Möglichkeiten zur Energieeinsparung im gesamten Gebäudebereich, also nicht nur im Wohnbau, verstärkt zu nutzen. In den vergangenen Jahren, so der GDI, habe im Zentrum der politischen Entscheidungen für den Umweltschutz in zu starkem Maße allein das Kraftfahrzeug gestanden. Ein besonders bösartiger, weil oft übersehener Umweltschädling seien aber unumstritten die Gebäudeheizungen. In ihrem umweltpolitischen Maßnahmenkatalog fordert die Dämmstoffindustrie:

– Die Bundesregierung solle Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung des Schwefeldioxid-Ausstoßes aus der Gebäudeheizung ergreifen. Mit 279000 t Schwefeldioxid im Jahr hätten die Gebäudeheizungen einen dreimal größeren SO_2 -Anteil an der Luftverschmutzung als der Bereich Verkehr.

– Die Mitte des vergangenen Jahres beschlossene, einseitige steuerliche Förderung nach § 82 a der Einkommenssteuer-Durchführungsverordnung für den Einbau von neuen Heizanlagen in mehr als zehn Jahre alte Gebäude müsse um die steuerliche Absetzungsmöglichkeit von Wärmeschutzmaßnahmen erweitert werden. Nur in dieser Kombination sei eine entsprechende steuerliche Förderung sinnvoll, da sie zu den umwelt- und energiepolitisch interessanten, drastischen Verbrauchsreduzierungen führe.

– Prüfen solle die Bundesregierung, ob Mieter nicht durch gesetzlich verankerte Richtlinien über den Energieverbrauch ihrer Wohnung aufgeklärt werden können, ähnlich wie Käufer von Autos vor dem Kauf über den Kraftstoffverbrauch. Eine DIN-geprüfte Energieverbrauchsangabe je Quadratmeter beheizter Fläche könne Mieter vor dem Einzug in eine ungedämmte, völlig unwirtschaftlich beheizte und daher zu teure und umweltgefährdende Wohnung bewahren.

Zweifel äußerte der GDI an der Wirksamkeit der derzeit geltenden Wärmeschutzverordnung. Sie greife in der Praxis kaum und sei deshalb kein schnell wirksamer Beitrag zur Schadstoffentlastung der Luft. Während jedes Auto einer detaillierten und ständigen Überwachung und Überprüfung unterliege, fehle für die Kontrolle alter Gebäude-

substanz unter Umweltschutzgesichtspunkten jedes Regulativ. Nur an 10 Prozent des Gebäudebestandes in der Bundesrepublik Deutschland seien bisher Wärmedämmmaßnahmen durchgeführt worden.

Die Zahlen über die Luftverschmutzung durch Gebäudeheizungen, die das Umweltbundesamt zugänglich gemacht habe, so der Verbandsvorsitzende Carl., läßen sich wie Zahlen einer Kriminalstatistik. Die 279000 t Schwefeldioxid im Jahr aus den Gebäudeheizungen würden sich in den kommenden als ständiger Fallout in Millionenhöhe addieren, wenn nicht umgehend Maßnahmen dagegen ergriffen würden. Dies sei keine Frage neuer technologischer Entwicklungen.

Zitat

In der Fachzeitschrift „Sanitär + Heizungstechnik“ 6/1986 findet sich ein Leitartikel, dessen pessimistische Einschätzung der Folgen von Tschernobyl, soweit es um unsere Heizgewohnheiten und das Geschäft der Heizungsbranche geht, wir zur Diskussion stellen. Auszüge aus diesem Editorial:

„Die Katastrophe in der Ukraine hat die Haustechnik wieder ins Gespräch gebracht. Hier konkret: alternative Energien. Der Ausstieg aus der Kernenergie soll ja wohl unter anderem Einstieg in regenerierbare Quellen bedeuten. Doch in der Heizungstechnik wird fast alles beim alten bleiben.

Wärmepumpen und Sonnenenergie dürften zwar frische Morgenluft wittern, aber eine belebende Brise wird sie nicht umwehen. Die Forschungsaktivitäten in den vergangenen Jahren, quasi bis zum Stillstand der Arbeiten, zeigten eindeutig die Grenzen auf. Die Industrie wird das Geld nicht ausgeben, erneut zu versuchen, diese Grenzen millimeterweise zu verschieben. Das wirtschaftliche Risiko ist durch nichts gedeckt. Der sensibilisierte Endverbraucher wird die Verstrahlung mehr fürchten als die Schadstoffbelastungen aus der Verfeuerung fossiler Energieträger. Und er wird lieber seinen Geldbeutel schonen als die Fichten und Tannen. Er wird bei den heutigen Energiepreisen nicht nach dem Kollektor verlangen.

Und damit sind auch schon die Konsequenzen für die Heiztechnik umrissen: Öl und Gas werden vielleicht eine leichte Verstärkung der Nachfrage erleben; der Heizstrom muß sich mit einem noch bescheideneren Absatz begnügen. Schon wegen der zukünftig geringeren Kraftwerkskapazität, bezogen auf den prognostizierten Zuwachs, droht hier ein Minus. Denn zwangsläufig wird sich der Ausbau der Kraftwerke verlangsamen. Sonnenenergie und Wärmepumpen bleiben in ihren Anteilen wie eh und je bescheiden, weil sie sich im Wirtschaftlichkeitsnachweis schwertun.

gen